

## CSU-Alarm! Neues Wahlrecht gefährdet Vertrauen in die Demokratie!

CSU-Vorstandsmitglied Eva Weber äußert Bedenken über das neue Bundestagswahlrecht, das Vertrauen in die Demokratie gefährdet.

**Augsburg, Deutschland** - CSU-Vorstandsmitglied Eva Weber hat kürzlich ihre Bedenken über das neue Bundestagswahlrecht geäußert, das am 23. Februar 2025 in Kraft trat. Sie warnt, dass dieses Gesetz das Vertrauen der Bürger in die Demokratie gefährden könnte. Weber betont die Notwendigkeit, einer Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der Politik entgegenzuwirken. Eine entscheidende Änderung des Wahlrechts ist, dass überhang- und Ausgleichsmandate wegfallen, was bedeutende Auswirkungen auf die Direktkandidaten haben könnte. Dies führte dazu, dass drei CSU-Kandidaten, darunter Volker Ullrich, trotz eines Wahlkreisgewinns kein Mandat erhielten, da sie nicht durch das Parteiergebnis gedeckt waren. Weber beschreibt diese Situation als „unsäglich und bitter“ für die Wähler in Augsburg.

Volker Ullrich selbst hat sich stark für Augsburg und Bayern engagiert und äußerte sich kritisch über die Reform. Zwar gewann er mit 31,1 Prozent und mehr als 10 Prozentpunkten Vorsprung seinen Wahlkreis, trotzdem bleibt er im Bundestag unrepräsentiert. Er beklagt, dass insbesondere seine Wähler und das Vertrauen in die Demokratie verloren gegangen sind und bezeichnet das Wahlrecht als antidemokratisch. Ein Video zeigt Ullrich, wie er am Wahlabend aufgebracht im Gespräch mit Claudia Roth von den Grünen ist und ihr den Handschlag verweigert.

# **Auswirkungen der Wahlrechtsreform**

Die neue Regelung, die auch größere Städte benachteiligen könnte, sorgt in der CSU für große Besorgnis. Martin Gross, ein Politikwissenschaftler, hebt hervor, dass, hätte die Reform bereits 2021 gegolten, neun von 45 direkt gewählten CSU-Kandidaten in Bayern nicht in den Bundestag eingezogen wären. Auch die Situation in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wird als kritisch angesehen, insbesondere in umkämpften Wahlkreisen. Bei der letzten Wahl gewannen einige Abgeordnete mit weniger als 25 Prozent der Stimmen, was die Prognose über kritische Stimmenanteile erschwert.

Zusätzlich führt die Reform zur Verkleinerung des nächsten Bundestags auf 630 Abgeordnete, um Kosten zu reduzieren. Die Änderung an den Direktmandaten sorgt dafür, dass der Sieg in einem Wahlkreis jetzt nicht mehr automatisch einen Sitz im Bundestag garantiert, was die Situation für viele Kandidaten weiter verkompliziert. Diese Entwicklung könnte dazu führen, dass das Vertrauen in die Demokratie weiter leidet, wie Professor Volker Boehme-Neßler warnt, der anmerkt, dass die Macht der Parteien gestärkt wird und städtische Regionen damit möglicherweise weniger vertreten sind.

## **Politische Reaktionen und Ausblick**

Die Christdemokraten haben bereits angekündigt, in der neuen Legislaturperiode eine neue Regelung zu verabschieden, während Kandidaten wie Sertac Bilgin, der im Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal antreten will, trotz der Herausforderungen optimistisch bleiben. Bilgin führt einen intensiven Wahlkampf und plant, sich auch bei einer möglichen Niederlage weiterhin für seine Region einzusetzen. Trotz der aktuellen Umstände sind die Diskussionen über das Wahlrecht und dessen Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie in vollem Gange.

Bundesweit sind insgesamt 23 Direktkandidaten von dieser

neuen Regelung betroffen, darunter 15 von der CDU, 4 von der AfD und 1 von der SPD. Die betroffenen Wahlkreise erstrecken sich über verschiedene Bundesländer, darunter Bayern, Hessen und Baden-Württemberg sowie in Ost- und Norddeutschland. Diese Strukturänderungen im Wahlrecht werfen zahlreiche Fragen auf und könnten die politische Landschaft in den kommenden Jahren signifikant verändern.

Die CSU bleibt auf der Hut und hofft, dass zukünftige Änderungen die Bedenken ihrer Mitglieder und Wähler berücksichtigen werden. Die kommenden Wahlperioden werden entscheidend sein, um das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen wiederherzustellen und eine Entfremdung zwischen den Wählern und der Politik zu verhindern.

Für weitere Informationen zu den Auswirkungen der Wahlrechtsreform siehe [faz.net](https://www.faz.net), [merkur.de](https://www.merkur.de) und [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de).

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Augsburg, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="https://www.faz.net">www.faz.net</a></li><li>• <a href="https://www.merkur.de">www.merkur.de</a></li><li>• <a href="https://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**